

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Dr. Gerhard Schmid MdEP kritisiert die neuen EG-Strahlungsgrenzwerte: Anschlag auf die Gesundheit muß verhindert werden.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB berichtet vom 21. Parteitag der niederländischen Sozialdemokraten: Zum zweiten Mal ist eine Frau Vorsitzende der PvdA.

Seite 4

42. Jahrgang / 67

7. April 1987

Anschlag auf die Gesundheit muß verhindert werden

Gegen eine Erhöhung der Strahlungsgrenzwerte bei Lebensmitteln

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Im Zusammenhang mit dem Molkepulverzug war in den deutschen Medien immer von EG-Grenzwerten die Rede. Bundesminister Wallmann erweckte den Eindruck, der Verbraucher könne beim Einkauf davon ausgehen, daß Lebensmittel zuverlässig nicht mehr als 600 Bq/kg radioaktives Cäsium enthalten. Dies ist falsch und eine Irreführung der Bürger.

Die tatsächliche Rechtslage

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 31. Mai 1986 lediglich einen Grenzwert für radioaktive Belastung bei Einführen von Lebensmitteln aus Drittländern beschlossen:

- 300 Bq/kg für Milchprodukte
- 600 Bq/kg für alle anderen Lebensmittel.

Für den Handel in der Gemeinschaft gibt es also keineswegs verbindliche Grenzwerte - nur eine zu Protokoll gegebene Verpflichtung der Mitgliedstaaten, im Handel zwischen EG-Ländern nicht strenger zu verfahren, als an den Außengrenzen. Schlimmer noch: Das bedeutet umgekehrt, daß im eigenen Land nach oben hin keine Grenzen festgesetzt sind. In einem rechtlich nicht bindenden Brief hat die damals zuständige Ministerin Süsmuth die Länder aufgefordert, sich an die EG-Werte in der Praxis zu halten. Vor allem Bayern hat auf diese Empfehlung „gepfiffen“. Für Exporte aus der EG in Drittländer

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Amateur-Leser
mit erhöhter Reichweite
Kreuzung-Papier



gibt es überhaupt keine Grenzwerte! Die EG-Kommission hat in einer Empfehlung darauf gedrängt, die in der Gemeinschaft geltenden Grenzwerte auch beim Export anzuwenden. Verbindlich ist das nicht!

Die Gefahr einer Rechtslücke

Die Verordnung für den Import aus Drittländern ist jetzt bis 31. Oktober 1987 verlängert worden. Vor allem den Franzosen war dies schon zu lange. Frankreich befürchtet eine Gefährdung seiner Interessen als Großlieferant von Lebensmitteln, „zumal bei der großen Dichte der Kernkraftwerke in Frankreich bereits bei einem kleinen Zwischenfall rasch die Grenzwerte überschritten würden“. Bundesminister Wallmann muß jetzt die Aufweichung der Grenzwerte ab November 1987 verhindern. Letztlich brauchen die Franzosen als Agrarexporteure eine Regelung mehr als wir. Wenn Kohl nicht bereit ist, die neuen Agrarpreisvorschläge der EG zu akzeptieren, dann wird die Bundesregierung wohl auch in der Lage sein, eine Zustimmung zur Aufweichung der Radioaktivitätsgrenzwerte zu verweigern. Von EG-Seite droht aber noch größere Gefahr! Ab November 1987 soll eine Dauerregelung gefunden werden. Die EG-Kommission wird deshalb bis zum 20. Juni einen Vorschlag dafür vorlegen.

Die neuen Grenzwerte - ein Anschlag der EG

Mit Datum vom 23. Januar hat die EG-Kommission bereits einen neuen Vorschlag für ein ständiges System der Höchstgrenzen von radioaktiver Kontamination von Trinkwasser und landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorgelegt. Die gegenwärtigen Vorschriften aufgrund des Euratom-Vertrages für den Strahlenschutz in der EG sehen keine Grenzwerte aufgrund von Unfällen vor (weil es den Supergau ja nicht geben darf!). Diesen Vorschlag hat die Kommission bereits den einzelnen Regierungen vorgelegt. Das Europaparlament und die Öffentlichkeit haben davon offiziell noch keine Kenntnis. Auch Minister Wallmann, der den Vorschlag kennen muß, hat ihn der deutschen Öffentlichkeit verschwiegen. Der Minister weiß genau, warum er schweigt: die neuen Grenzwerte sind ein Skandal!

- Die Grenzwerte bedeuten umgerechnet eine erhebliche Überschreitung der bisher in der deutschen Strahlenschutzverordnung geltenden Grenzwerte für die radioaktive Belastung. So nennt der Entwurf als höchstzulässige Werte für Milch bei Caesium 4.000 Bq/kg und bei sonstigen Lebensmitteln 2.000 Ba/kg! Die deutsche Strahlenschutzverordnung erlaubt eine Ganzkörperstrahlendosis (natürlich Strahlenbelastung plus Nahrungsmittelaufnahme) für die Bevölkerung von 1,3 Millisievert im Jahr. Die EG geht bei ihren Vorschlägen von einer Belastung im



1. Jahr nach einem kerntechnischen Unfall von fünf Millisievert als Untergrenze bis 50 Millisievert als Obergrenze aus. Ab 50 Millisievert spricht man aber in der Bundesrepublik bereits von einem Strahlenunfall. In den weiteren Jahren geht die EG-Kommission aus von ein Millisievert bis zehn Millisievert Obergrenze.

- Es werden keine auf Dauer gültigen Grenzwerte festgelegt; vielmehr handelt es sich um Notgrenzwerte, die dann wieder dem gleichen Tauziehen wie jetzt die Werte nach Tschernobyl unterliegen.
- Die Werte sind nicht so festgesetzt, daß der höchstmögliche Gesundheitsschutz für die Menschen zugrundeliegt. Vielmehr wird offen zugegeben, daß eine Kosten-Nutzen-Rechnung wirtschaftlicher Art angestellt wurde. Die volkswirtschaftlichen Kosten, die bei Erkrankung für die Gesellschaft entstehen. Die Leiden aufgrund einer Krebserkrankung wegen verseuchter Nahrungsmittel und das Einzelschicksal des Betroffenen spielen keine Rolle.
- Bei den Grenzwerten wird davon ausgegangen, daß sich die Bevölkerung im Jahresmittel nur zu zehn Prozent von verstrahlten Lebensmitteln ernährt. Wie dies in der Praxis geschehen soll, bleibt offen.

Die vorgeschlagenen EG-Grenzwerte von 4.000 beziehungsweise 2.000 Bq/kg bedeuten: Für Cäsium 137 bei Milch: Nach 6,6 Litern ist der durch die deutsche Strahlenschutzverordnung erlaubte Wert für ein Jahr überschritten. Geht man von der Annahme der EG-Kommission aus, daß sich jemand nur zu zehn Prozent mit radioaktiv kontaminierten Lebensmitteln ernährt (wie soll das geschehen?) ist der Wert bei 66 Litern im Jahr überschritten. Für Cäsium 137 bei Fleisch und anderen Lebensmitteln: Bei 13 kg ist der durch die deutsche Strahlenschutzverordnung erlaubte Wert für ein Jahr überschritten. Für die Zehn-Prozent-Aannahme bedeutet das immer noch, daß man nicht mehr als 360 Gramm am Tag zu sich nehmen darf. Dieser Anschlag auf die Gesundheit der Bevölkerung muß verhindert werden!

Aber auch handelspolitisch stellt sich die EG selber ein Bein. In anderen Staaten gelten zur Zeit folgende Lebensmittelgrenzwerte für Cäsium:

- Schweden 300 Bq/kg
- Australien 100 Bq/kg
- Kanada 300 Bq/kg
- USA 370 Bq/kg (Fleisch und Geflügel).

In vielen Nachbar-Ländern gelten dieselben Grenzwerte, wie bisher für die Importe in die EG. Eine Anhebung der Grenzwerte durch die EG würde dem Handel mit Lebensmitteln aus EG-Ländern schweren Schaden zufügen.

(-/7.4.1987/st/ks)

* * *



Zum zweiten Mal ist eine Frau Vorsitzende der niederländischen Sozialdemokraten

Der 21. Kongreß der PvdA auf der Suche nach Regierungsbeteiligung

Von Ernst Waltemathe MdB

Vom 2. bis 4. April hielt die Partei der Arbeit ihren 21. Kongreß in Amsterdam ab. Vorstandswahl, eine Entscheidung über die Zusammenstellung der Kandidatenlisten für Parlamente, eine ganztägige Debatte über die Einführung von Volksentscheiden sowie parteiinterne Regelungen über Frauenquote und Unvereinbarkeit von Vorstands- und Parlamentsmandaten standen im Mittelpunkt. Wichtig waren aber auch Diskussionen in Sondertreffen über Koalitionsfragen und Fragen der „Zukunft des Versorgungsstaates“.

1.) Vorstandswahlen: Marjanne Sint neue Parteivorsitzende, Jan Pronk neuer Stellvertreter,

Jan-Marinus Wiersma neuer Internationaler Sekretär.

Als deutscher SPD-Politiker war ich einigermaßen überrascht über das Verfahren der Wahlen bei unserer niederländischen Bruderpartei: Vorschläge des Parteivorstands mit Zustimmung des Parteirates werden dann nicht mehr schriftlich und geheim auf dem Kongreß abgestimmt, wenn es sich um Einzelwahlen handelt, bei denen nur ein(e) Kandidat(in) vorgeschlagen ist. In einem solchen Fall gilt der oder die Vorgeschlagene vom Kongreß als gewählt.

Zum zweiten Mal in der Geschichte der PvdA wurde eine Frau an die Parteispitze gewählt.

Marjanne Sint, 37 Jahre alt, studierte Volkswirtin, erfolgreiche Industrie-Managerin (Herausgeberin) wird die Partei in eine neue Standortbestimmung führen.

Jan Pronk wurde ihr 1. Stellvertreter. Er war Entwicklungsminister im Kabinett den Uyl, dann Mitglied des Europa-Parlaments und ist jetzt als Abgeordneter aus Maastricht wieder Mitglied der 2. Kammer in den Haag.

Kampfabstimmungen gab es um die Position des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden und des Internationalen Sekretärs. Bei den Wahlen zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden setzte sich Annemarie Goedmakers gegen zwei männliche Mitbewerber durch. Zwei Wahlgänge wurden benötigt, um aus drei Bewerbern für die Funktion des Internationalen Sekretärs den Sieger zu ermitteln: Jan-Marinus Wiersma, 35 Jahre alt, Historiker, bislang Fraktionsassistent der Arbeitsgruppe für Außenpolitik der 2. Kammer.

So ergibt sich beim engeren Vorstand (dem sogenannten täglichen Vorstand) eine Parität zwischen Männern und Frauen, da der Schatzmeister ein Mann und die ebenfalls durch Einzelwahl bestimmte Beauftragte für die Frauenarbeit (G. Faber, Provinz Friesland) selbstverständlich eine Frau ist.

Hinzu kommen 17 weitere Vorstandsmitglieder, die aus 39 Kandidaturen ausgewählt wurden und schon im ersten Wahlgang die erforderlichen absoluten Mehrheiten erhielten: Sechs Frauen und elf Männer.

2.) Einschätzung des neuen Vorstands

Die neue Vorsitzende, Marjanne Sint, ist nach Ien van Heuvel (1975 bis 1979) die zweite Frau, die sich um das politische und strategische Profil der Partei der Arbeit kümmern wird. Fast



acht Jahre lang war der eher links anzusiedelnde Max van den Berg aus Groningen Parteivorsitzender gewesen; er trat vor acht Monaten zurück, und die Partei wurde für die Interimszeit von Stan Poppe geführt, wobei Wim Kok als Vorsitzender der 2. Kammerfraktion eine prägende Rolle spielte als der Übergangs-Parteivorsitzende.

Marjanne Sint im vorhinein innerparteilich nach dem Schema „links“ oder „rechts“ einordnen zu wollen, muß schiefgehen: Sie ist auf den ersten Blick als Managerin erfolgsorientiert, technokratisch auf das „Machbare“ und „Realistische“ fixiert. Typ: „Joung urban professional.“ Andererseits: Bei einem „Dilemmakongreß“ der PvdA vor einigen Jahren war sie es, die gegen den Widerstand und die Skepsis von Joop den Uyl die Partei auf einen Kurs festlegte, der die (von dem Kabinett van Agt in der Großen Koalition abgeschaffte) direkte Koppelung von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung an die aktuellen Löhne und Gehälter wieder einführen will. Sozialismus bedeutet für sie zu allererst: soziale Gerechtigkeit nach dem Motto, daß die Zukunft allen Menschen gehört und deshalb nicht halbherzig und defensiv konservative Ideologien konterkariert werden müssen, sondern offensiv um eine neue Zukunft für den sozialen Versorgungsstaat zu kämpfen ist.

3.) Mandataufstellungen sind Basissache! Doppelmandate werden eingeschränkt!

Eine Niederlage erlitt der Parteivorstand bei dem Versuch, Modifizierungen beim Verfahren für Kandidatenaufstellungen zum Parlament einzuführen. Wie bei uns stellen bislang auch in den Niederlanden 18 regionale Bezirksparteitage „ihre“ Kandidatinnen und Kandidaten auf. Der Parteivorstand wollte diese Prozedur zwar nicht vom Grundsatz angreifen, verlangte aber, daß bei einem reinen Festhalten an der bisherigen Methode zu sehr die „provinziellen“ Gesichtspunkte örtlicher, regionaler und innerparteilicher Verdienste in den Vordergrund rückten, der Bedarf an übergreifender, nationaler „Experten“-Sicht zu sehr ins Hintertreffen gerate und somit die Qualität der Parlamentsfraktion nicht optimal sei. Deshalb solle der Parteivorstand auf Vorschlag einer Mandataufstellungs-Kommission nach den Bezirksparteitagen noch Korrekturen vornehmen können. Aber nach geheimer Abstimmung votierten etwa 55 von Hundert der Parteitagsdelegierten gegen diesen Anschlag auf die innerparteiliche Basisdemokratie.

Rigoros entschied der Parteitag auch, daß im künftigen Parteivorstand maximal nur drei Mitglieder sitzen können, die gleichzeitig Parlamentsmitglieder in der 1. oder 2. Kammer oder des Europäischen Parlaments sind. Da der Fraktionsvorsitzende in der 2. Kammer ein „geborenes Mandat“ mit Sitz und Stimme im Parteivorstand hat, sind praktisch nur noch zwei weitere Parlamentarier im 25köpfigen Gesamtvorstand geduldet. Bislang und noch für den 21. Kongreß gültig, gab es eine Höchstquote von 7. Schon diese Quote führte dazu, daß der in den erweiterten Vorstand gewählte Maarten van Traa, acht Jahre lang Internationaler Sekretär und inzwischen Mitglied der niederländischen 2. Kammer, wieder herausfiel, weil er der achte Parlamentarier im Parteivorstand gewesen wäre.

4.) Frauenquote: angestrebt werden 50 von Hundert, verbindlich sind 25 von Hundert.

Angenommen wurde ein Vorschlag des Parteivorstands, wonach eine gleichmäßige Verteilung aller Funktionen auf Frauen und Männer zwar angestrebt wird, satzungsmäßig allerdings eine Mindestquote von 25 von Hundert Frauen verbindlich vorgeschrieben wird. Weitergehende Anträge auf verbindliche Festlegung einer höheren Quote wurden abgelehnt. In diesem Fall konnte sich der Parteivorstand mit seinem Antrag bei einer großen Mehrheit des Kongresses durchsetzen.



5.) Partei der Arbeit spricht sich für Volksentscheid aus und muß gegebenenfalls auch innerhalb der Partei direkte Demokratie einführen.

Einen ganzen Tag debattierte der Kongreß über die Frage, ob in die niederländische Verfassung und politische Wirklichkeit das Referendum, also die direkte Volksabstimmung, eingeführt werden soll. Nach sehr gründlicher kontroverser Diskussion wurde mit beträchtlicher Mehrheit ein Vorschlag des Parteivorstands über die Einführung von verbindlichen Volksentscheiden angenommen, der allerdings Ausnahmen nennt, mit denen die Verbindlichkeit wieder ausgeschlossen oder ein Volksentscheid gar nicht zugelassen werden kann. Die Jungsozialisten hatten sich für die Einführung des Referendums ohne jegliche Ausnahmebestimmung eingesetzt, blieben aber ebenso in der Minderheit wie auf der anderen Seite Delegierte, die in sämtlichen Vorschlägen eine pseudo-demokratische Scheinlösung sehen und Volksabstimmungen politisch als ein Mittel betrachten, bei dem sich konservative Politik auch noch in Einzelfragen besser durchsetzen werde. Denn es sei unvermeidlich, daß Fragestellungen von der Mehrheit im Parlament bestimmt würden und die (übrigens sehr teuren) Kampagnen um Volksentscheide zu Lasten der eigentlich zu entscheidenden Problemstellung in einen parteipolitischen Ablenkungswahlkampf ausarten würden.

Wie dem auch sei: Der Beschluß des Parteitages dürfte ohnehin theoretischer Natur sein, weil auch in der niederländischen Verfassung Änderungen nur mit Zweidrittel-Mehrheit in der 2. und 1. Kammer durchsetzbar sind.

Nicht theoretisch allerdings ist der äußerst knappe Beschluß des Parteitages, wonach der Parteivorstand verpflichtet wird, in wichtigen innerparteilichen politischen Fragen eine Mitgliederabstimmung herbeizuführen.

6.) Zusammenfassende Beurteilung

Der 21. Kongreß der Partei der Arbeit zwar einer der ruhigsten, zum Teil zahnsten Parteitage. Die niederländische Partei der Arbeit ist auf der Suche nach Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung spätestens 1990. Bei den Provinzwahlen am 18. März 1987, die auch für die Zusammensetzung der 1. Kammer des nationalen Parlaments von Bedeutung sind, ist die Partei der Arbeit stärkste Partei geworden, obwohl sie nicht eigentlich gewonnen hat, dagegen insbesondere der rechtsliberale Koalitionspartner der CDA, die VVD, kräftig Federn lassen mußte. So ist inzwischen im rechtsliberalen Lager eine Debatte eröffnet, ob man lediglich das Anhängsel für konservative Politik sein könne oder ob auch andere Koalitionsmöglichkeiten angestrebt werden sollen.

Und in gleichem Maße beschäftigt sich die Partei der Arbeit mit der Frage, ob, da eine eigene Mehrheit auch nicht zusammen mit den Parteien von „klein-links“ zustande zu bringen ist, man sich nicht öffnen muß für eine pragmatische Politik, um an der Regierungsverantwortung teilzuhaben. Es genüge nicht, die besseren Alternativen darzustellen und in der Opposition zu versauern, sondern einiges vom sozialdemokratischen Gedankengut auch in die Gesetzgebung einbringen zu können.

Mit Marjanne Sint als Parteivorsitzende und Wim Kok als Fraktionsführer prägen zwei Persönlichkeiten das Gesicht der niederländischen Sozialdemokratie, die Ökonomen sind und mehr auf innenpolitischem Gebiet zuhause sind. Sie verkörpern die pragmatische, auf Machtteilnahme fixierte Zukunft der Partei der Arbeit.

(-/7.4.1987/st/ks)

* * *

